

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 6 (1926-1927)
Heft: 11

Artikel: Voraussetzungen sozialdemokratischer Erfolge
Autor: Schmid, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-329455>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rote Revue

Sozialistische Monatschrift

11. HEFT

JULI 1927

VI. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Voraussetzungen sozialdemokratischer Erfolge.

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Im politischen Tageskampf wechseln Erfolg und Mißerfolg. Auch die Sozialdemokratische Partei wird von Mißerfolgen nicht verschont. Rückschläge treten ein, die zahlungsgemäß bei Wahlen zum Ausdruck kommen. Es ist deshalb nicht müßig, zu untersuchen, auf was die Rückschläge und die Erfolge bei der Sozialdemokratischen Partei zurückzuführen sind. Wirtschaftlich sind die Voraussetzungen für sozialdemokratische Erfolge im Laufe der letzten Jahrzehnte immer günstiger geworden. Die Klassegegensätze innerhalb der Wirtschaft werden nicht kleiner. Die Zahl jener, welche niemals eine unabhängige und gesicherte Stellung zu erwarten hat, wird größer und größer. Wenn es uns also gelingen würde, diese wirtschaftlich für die Sozialdemokratie prädestinierten Wähler zu gewinnen, dann würde der Aufstieg rasch vor sich gehen und sozialdemokratische Mehrheiten würden allüberall entstehen.

Daß es nicht so rasch geht, daran ist das oft sehr langsame Denken der Menschen schuld. Ihre Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse ist gering. Von Klassenbewußtsein findet man bei ihnen wenig. Sie sind durch Tradition und Milieu oft vollständig mit den Gedankengängen des Bürgertums verwachsen. Sie zu gewinnen, ist eine Aufgabe der Agitation und Propaganda. Diese Arbeit ist eine mühsame, aber äußerst dankbare.

Natürlich können auch wirtschaftliche Veränderungen, beispielsweise große Arbeitslosigkeit, die tiefe Depression und Mutlosigkeit bei einzelnen hervorruft, zu sozialdemokratischen Mißerfolgen beitragen. Aber es wäre vollständig verfehlt, wenn man für Erfolg oder Mißerfolg nur wirtschaftliche Voraussetzungen verantwortlich machen wollte.

II.

Es gibt tatsächlich auch andere Voraussetzungen, die wesentlich für den sozialdemokratischen Erfolg sind; Voraussetzungen, die erst ermöglichen, die großen Vorteile, welche die wirtschaftliche Entwicklung für unsere Politik in sich birgt, auszunützen.

Zu diesen Voraussetzungen gehört vor allem eine sorgfältig aufgebaute und rasch arbeitende Organisation. Daß die Organisation nicht immer diesen Anforderungen entspricht, soll offen anerkannt werden. Es wäre verfehlt, wenn wir nicht versuchen wollten, bestehende Mängel zu beheben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es innerhalb unserer politischen Organisationen immer noch viel zu wenig Tätige gibt. Wir müssen uns auch bewußt werden, daß die Parteiarbeit oft mit der größten Gleichgültigkeit betrieben wird. Und doch ist auf diesem Gebiete so außerordentlich viel zu gewinnen.

III.

Ich möchte nur auf wenige Beispiele hinweisen, um darzutun, wie sich organisatorische Arbeit lohnt. Wir führen bei uns im Kanton Aargau von Zeit zu Zeit Agitationen zur Ausbreitung unseres Parteiorgans durch. Der Erfolg, den diese Arbeit zeitigt, ist örtlich ganz verschieden. Er hängt davon ab, ob die Genossen in einer Gemeinde ihre Arbeit richtig vorbereiten und ob sie diese richtig durchführen. Zur richtigen Vorbereitung gehört in erster Linie die Kenntnis des bisherigen Abonnenntenstandes. Es gehört dazu eine Einteilung der Ortschaft in Agitationskreise. Dabei muß man jedem einzelnen Agitator eine ganz bestimmte Anzahl von Adressen mitgeben, damit er mit den auf ihnen Genannten Rücksprache nehmen und mit ihnen über unsere Verhältnisse eingehend reden kann. Der Erfolg einer richtigen Vorbereitung, an die sich eine richtige Durchführung der Arbeit anreicht, ist unausbleiblich.

Es gibt viele Arbeiter, die unsere Zeitung nur deshalb nicht halten, weil sie über ihren Inhalt nicht richtig orientiert sind. Man braucht sie nur aufzuklären, um sie für uns zu gewinnen. In einer Ortschaft unseres Kantons wurde mir jahrelang erklärt, daß keine neuen Abonnenten für unser Parteiblatt zu gewinnen seien. Die besonderen Verhältnisse der Gemeindepolitik und die Bevölkerungszusammensetzung verhinderten eine weitere Ausdehnung unserer Abonnentenzahl, so wurde gesagt. Ich habe den Genossen, die so sprachen, je und je erklärt, daß sie sich täuschten. Allein wir konnten zu keiner Einigung gelangen. Die Genossen blieben bei ihrer Meinung und die Agitation wurde nie richtig organisiert. Man sprach an Versammlungen über die Notwendigkeit der Gewinnung von neuen Abonnenten. Man machte es jedem einzelnen zur Pflicht, im Jahr mindestens einen neuen Abonnenten zu gewinnen. Das alles nützte aber wenig oder nichts. Als dann im Herbst 1926 einige zuverlässige Parteigenossen sich an die Arbeit machten, da war das Resultat in wenigen Wochen

ein geradezu verblüffendes, ein außerordentlich glänzendes. Man erhöhte den Abonnentenstand um mehr als 30 %. Man gewann über 60 neue Abonnenten. Und die Genossen, die an der Arbeit waren, haben die Erfahrung gemacht, daß das, was sie früher glaubten vertreten zu müssen, der Wirklichkeit nicht entsprach. Dieses Beispiel zeigt klar und deutlich, was Tatkraft und Arbeit vermag. Wenn dazu noch die unerschütterliche Zuversicht auf den endgültigen Erfolg tritt, dann ist es selbstverständlich, daß dieser Erfolg nicht ausbleibt. Dieses Beispiel lehrt uns, daß wir nicht nur zahlengemäß starke Organisationen brauchen, sondern daß wir in unserer Organisation Leute brauchen, die arbeiten wollen und die systematisch arbeiten können. Mit diesen Leuten werden wir unsere Erfolge auch in der Zukunft erringen.

IV.

Ein anderes Beispiel zeigt noch viel klarer und deutlicher, was die Sozialdemokratische Partei vermag, wenn sie zielbewußt an die Arbeit herantritt. Anfangs September 1926 beschloß der sozialdemokratische Parteitag des Kantons Aargau, eine Initiative für den Regierungsratsproporz zu lancieren. Man setzte einige Wochen für die Vorbereitung der Unterschriftensammlung fest. Die eigentliche Unterschriftensammlung sollte Mitte Oktober 1926 beginnen und im Verlaufe von 14 Tagen durchgeführt werden. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Agitationsarbeit in jenen Gemeinden, in denen sie nach den Ratschlägen der kantonalen Geschäftsleitung und des kantonalen Parteisekretariates durchgeführt wurde (das heißt systematisch aufgebaut war), mit großem Erfolg endete.

Es seien hier nur einige wenige Beispiele wiedergegeben. Aus der Gemeinde U., die zirka 100 Stimmberechtigte zählt, wurden uns bereits am 15. Oktober 77 Unterschriften zugestellt. In der Gemeinde M., wo nur zwei Genossen arbeiteten, wurden uns bereits am 26. Oktober 64 Unterschriften zugestellt. Nur 6 Stimmberechtigte der Gemeinde hatten die Unterschriftenbogen nicht unterzeichnet. In anderen Gemeinden war es ähnlich. So erhielten wir aus der Gemeinde S. (mit 430 Stimmberechtigten) am 23. Oktober 249 Unterschriften; aus der Gemeinde O. (mit 265 Stimmberechtigten) am 23. Oktober 161 Unterschriften; aus der Gemeinde N. (mit 350 Stimmberechtigten) am 26. Oktober 231 Unterschriften; aus der Gemeinde M. (mit 690 Stimmberechtigten) am 1. November 439 Unterschriften, aus der Gemeinde W. (mit rund 1700 Stimmberechtigten) am 13. November 971 Unterschriften, usw. Fast alle Resultate, die spätestens inner 4 bis 6 Wochen gesammelt wurden, sind sehr gut. Sie zeigen, daß man mit großer Energie und Tatkraft an die Arbeit herangetreten ist.

Ganz anders war es in jenen Gemeinden, wo die Vorstände lässig waren, wo sich nur wenige Parteigenossen um die Sache bekümmerten und wo infolgedessen die Arbeit konstant hinausgeschoben

wurde. Einzelne Gemeinden haben deshalb sehr schlechte Resultate erzielt, trotzdem sie 2 bis 2 $\frac{1}{2}$ Monate Zeit brauchten, um ihre Arbeit zu beenden, und dies, trotzdem sie verhältnismäßig große Parteisektionen besitzen. Es mangelte hier einmal die Vorbereitung und zum andern der Wille zur Arbeit.

Anfangs des Jahres 1927 wurde die Unterschriftensammlung abgeschlossen. Es stellte sich heraus, daß trotz dem Versagen einzelner Parteiorganisationen durch die Tatkraft der andern ein Resultat erreicht worden war, wie es große Optimisten nicht erwartet hatten. Man hatte über 20,000 gültige Unterschriften für den Regierungsratsproporz gesammelt, bei einer Zahl von ca. 63,000 Stimmberechtigten. Das Beispiel dieser Unterschriftensammlung zeigt, daß eine Voraussetzung zum Erfolge die rasch und sorgfältig durchgeführte Aktion ist. Man kann im politischen Kampfe die Arbeit nicht verschieben. Man muß sie sofort durchführen. Zu den Voraussetzungen des Erfolges gehört also unter allen Umständen gründliche, sorgfältige und rasche Arbeit.

V.

Eine weitere Voraussetzung des Erfolges liegt in einer systematischen und fortwährenden Aufklärung über das politische Leben in der Gemeinde, im Kanton, im Bund. Wir werden nur mit wirklich aufgeklärten Wählern dauernde sozialdemokratische Erfolge erringen können. Ich möchte das wiederum an Hand eines Beispiels dartun.

Wir haben bei uns im Aargau ein außerordentlich rückständiges Steuergesetz. Das gesetzliche Existenzminimum betrug bis zum Jahre 1925 Fr. 300.—. Dieses Existenzminimum ist vor Jahrzehnten festgelegt worden. Während des Krieges mußte die Finanzdirektion aus eigener Machtvollkommenheit das Existenzminimum erhöhen. Sie gestattete den Steuerkommissionen, weitere Fr. 800.— bei den unselbständig Erwerbenden als Existenzminimum in Anrechnung zu bringen. Diesen Entscheid der aargauischen Finanzdirektion deckte indessen in der Nachkriegszeit der aargauische Große Rat nicht, und auch der Regierungsrat übernahm keine Verantwortung für die weitere Aufrechterhaltung der bestehenden Praxis. Ein neues Steuergesetz enthielt eine ganze Reihe von Artikeln, welche für die Sozialdemokraten unannehmbar waren. Sie mußten deshalb den Gesetzesentwurf verwerfen.

Eine sozialdemokratische Steuergesetzesinitiative, die ein Existenzminimum von Fr. 2000.— vorsah, wurde vom Volke ebenfalls verworfen. Die Aufklärungsarbeit war damals eine ungenügende. In jenen Gemeinden, wo sozialdemokratische Redner die Situation eingehend und an gut besuchten Versammlungen erläuterten, wurden Mehrheiten erzielt. Nach der Verwerfung der sozialdemokratischen Steuergesetzesinitiative wurde die Teilrevision des Steuergesetzes an die Hand genommen. Es gelang der sozialdemokratischen

Großratsfraktion nicht, das Existenzminimum von Fr. 1100.— festzuhalten. Sie konnte nach schweren Kämpfen nur ein Existenzminimum von Fr. 900.— durchsetzen. Dafür gelang es ihr aber, Kinderabzüge in der Gesetzesrevision durchzubringen. Bisher hatte nämlich der Kanton Aargau noch keine Kinderabzüge gehabt. Es gelang der sozialdemokratischen Fraktion, die Progressionszuschläge ganz gewaltig zu erhöhen, von 33 auf 70 %. Es war deshalb auch nicht verwunderlich, daß gegen das neue Steuergesetz, das nur eine Teilrevision der Steuergesetzgebung bedeutete, speziell von bürgerlicher Seite Stellung genommen wurde. Dr. Abt bemühte sich, das Bürgertum wegen der großen Progression zu mobilisieren. Der sozialdemokratischen Agitationsarbeit war es zu verdanken, daß am 6. Dezember 1925 das Steuergesetz mit einer kleinen Mehrheit angenommen wurde.

Heute gibt es nun eine ganze Reihe von Arbeitern, die gegen das neue Steuergesetz eine Kritik loslassen, die von keiner Sachkenntnis getrübt ist. Als Ledige verurteilen sie das neue Steuergesetz, weil sie nicht das gleiche Existenzminimum genießen wie vorher. Es gibt Leute, die infolge der Steuereinschätzungsmaßnahmen der aargauischen Finanzdirektion mit ihrem vollen Erwerb in die Steuerbücher eingestellt worden sind und deshalb etwas mehr Steuern müssen als vorher. Sie nehmen nun ebenfalls gegen das neue Steuergesetz Stellung. Alle diese Leute bedenken nicht, daß die Besitzenden, die eine bestimmte Einkommens- und Vermögensgrenze überschreiten, heute viel mehr Steuern zahlen müssen als vorher, und diese allen Anlaß haben, gegen das neue Steuergesetz Stellung zu nehmen. Die Arbeitenden, die das neue Steuergesetz heute kritisieren, vergessen vollständig, daß eine Verwerfung dieses Steuergesetzes im Dezember 1925 eine sofortige Rückkehr zum Existenzminimum von Fr. 300 bedeutet hätte. Aus ihrer Unkenntnis der Dinge heraus und aus einer rein egoistischen Betrachtungsweise kommen sie zu einer ablehnenden Haltung dem neuen Steuergesetz gegenüber. Dabei nehmen sie hin und wieder auch Stellung gegen die Sozialdemokratische Partei, welche dieses Gesetz befürwortete. Sie sind auf dem besten Wege, so die Geschäfte des Bürgertums und jener großen Steuerzahler zu besorgen, die vor der Abstimmung vom Dezember 1925 das neue Steuergesetz auf das schärfste bekämpften.

Ich habe über diese Verhältnisse etwas ausführlicher berichtet, weil sie zeigen, daß zu den Voraussetzungen eines dauernd erfolgreichen Kampfes gegen die Bourgeoisie eine fortwährende Aufklärungsarbeit gehört. Wir müssen gerade auf dem Gebiete des Steuerwesens alles tun, um aufklärend zu wirken.

VI.

Sozialdemokratische Niederlagen werden in der Regel durch die Unwissenheit der sozialdemokratischen Mitläufer verschuldet. Wenn dann innerhalb der organisierten Arbeiterschaft gar noch Leute vorhanden sind, die selbst wenig verstehen und die instinktiv nur das per-

fönliche Interesse zum Ausdruck bringen, dann fördern sie nur die Zweifelsucht bei den Unaufgeklärten dem Sozialismus gegenüber.

Wenn ich hier speziell über aargauische Verhältnisse geschrieben habe, so heißt dies keineswegs, daß wir bloß im Aargau mit solchen Erscheinungen zu rechnen haben. Ich bin im Gegenteil davon überzeugt, daß die Situation bei uns im Aargau im allgemeinen eine gute ist. Aber ich habe die Beispiele aus unserem Kanton gewählt, weil ich sie am besten kenne und weil ich so am besten darstellen konnte, wie die Entwicklung hin und wieder geht.

Aber wir müssen allüberall diesen Erscheinungen unsere größte Aufmerksamkeit widmen. Der politische Gegner, der sieht, wie die wirtschaftlichen Voraussetzungen unsere Politik fördern, der erkennen muß, wie die allgemeine Entwicklung zum Sozialismus hintendiert, arbeitet heute hauptsächlich damit, die Unwissenheit und Unaufgeklärtheit großer Massen des Volkes zu politischen Zwecken auszunutzen.

Es kommt nicht von ungefähr, daß man bei dem letzten großen Wahlkampfe in Wien speziell gegen die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Stadtverwaltung Sturm lief und den Wählern alle möglichen Versprechungen für den Fall eines Sturzes der sozialdemokratischen Mehrheit machte. Es kommt nicht von ungefähr, daß die vereinigten bürgerlichen Parteien bei den letzten Gemeindewahlen in La Chaux-de-Fonds den Kampf gegen die sozialdemokratische Mehrheit speziell mit Versprechungen auf dem Gebiete der Steuerpolitik führten. Wir werden überall und immer (nicht nur in Wien und La Chaux-de-Fonds) das Bürgertum an die schlechtesten Instinkte der Bevölkerung appellieren sehen. Überall und immer wird das Bürgertum alle möglichen Versprechungen machen, um eine fortschrittliche und die Arbeiterschaft begünstigende Vorlage zu Fall zu bringen. Das war schon so beim Kampf um die Vermögensabgabemodifikation, bei der Zollinitiative, bei der Initiative Rothemberger, beim Getreidemonopol. Jene, die über viel Geld verfügen, haben nicht nur durch die Macht dieses Geldes gewirkt, sondern sie haben auch an die schlechtesten Instinkte der Bevölkerung appelliert (an ihren Eigennutz usw.), und haben so versucht, aus dieser Spekulation auf die Unwissenheit Gewinn zu ziehen. Das ist ihnen auch bei vielen Vorlagen gelungen.

Die Politik des Bürgertums geht darauf aus, Mißtrauen gegen die sozialdemokratische Politik und die sozialdemokratischen Vertrauensleute zu verbreiten. Wenn irgendwo in einer Gemeinde ein sozialdemokratisch gesinnter Wähler unter einer sozialistischen Mehrheit eine Buße erhält, oder wenn er mehr Steuern bezahlen muß als bisher, oder wenn er sonst etwas, was ihm persönlich nicht paßt, erlebt, dann sind sofort eine ganze Reihe von bürgerlichen Freunden (vielleicht gerade auch Arbeiter) da, welche die sozialdemokratische Politik und die sozialdemokratische Mehrheit für dieses unangenehme persönliche Erlebnis verantwortlich machen. Man erwartet von sozialdemokratischen Mehr-

heiten oft in erster Linie eine persönliche Besserstellung. Man erwartet, daß die sozialdemokratische Mehrheit nicht sachlich, sondern nach einer bestimmten Parteizugehörigkeit entscheide. Das darf natürlich nicht sein. Die Sozialdemokratie, welche nicht nur die Mehrheit in der Gemeinde, im Kanton und im Staate erobern will, sondern welche die gesamte Politik gerecht gestalten will, kann selber nur nach gerechten, objektiven Gesichtspunkten urteilen und handeln.

Selbstverständlich kommt es auch vor, daß sozialdemokratische Mehrheiten Fehler machen. Das ist unvermeidlich, solange es keine fehlerfreien Menschen gibt. Selbstverständlich müssen diese Fehler kritisiert werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß sie sich nicht wiederholen. Aber daß man sie zum Anlaß nimmt, die betreffende Behörde allgemein als unbrauchbar hinzustellen und abzuurteilen, das sollte nicht vorkommen. Man besorgt damit nur die Geschäfte der bürgerlichen Gegner. Währenddem man bei bürgerlichen Verwaltungen es als selbstverständlich hinnimmt, daß eine Ungerechtigkeit über die andere verübt wird, daß ein Fehler nach dem andern gemacht wird, glaubt man, eine sozialdemokratische Behörde könnte vollständig fehlerlos arbeiten. Man muß sich auch hier bewußt werden, daß alles Entwicklung ist und daß der Weg zur Vollkommenheit über gewisse Unvollkommenheiten geht, Unvollkommenheiten, die zum Teil in der Situation, in der sich eine sozialdemokratische Verwaltung befindet, zu suchen sind. Sie muß ja bürgerliche Gesetze ausführen und handhaben. Unvollkommenheiten, die zum Teil an den Personen selbst liegen. Ich bin keineswegs dafür, daß Genossen, die sich in der sozialdemokratischen Vertretung als unbrauchbar erwiesen haben, wiederum gewählt werden. Aber das Verhängnis liegt darin, daß es sehr oft unterlassen wird, einzelne Fehler in sachlicher Weise innerhalb der Partei zu kritisieren und Vorschläge zur Abhilfe zu machen; daß der Mut nicht aufgebracht wird, sachlich zu diskutieren und richtig zu untersuchen, sondern daß mit oberflächlicher, allgemeiner Kritik Stimmung zu machen versucht wird.

Wenn aber in dieser oberflächlichen und allgemeinen Art kritisiert wird, wie das sehr oft geschieht, dann besorgt man die Geschäfte der politischen Gegner. Man beweist, daß man selber keine Einsicht in die Dinge hat; daß die sozialistische Ueberzeugung nicht tiefer geht als das persönliche Interesse. Man beweist auf der anderen Seite, daß man von Sozialdemokraten oft Unmögliches verlangt und sich nicht bewußt ist, daß alles Entwicklung ist. Man leistet aber dieser allgemeinen Entwicklung den denkbar schlechtesten Dienst, indem man die Sozialdemokratie allgemein bei seinen Freunden und Bekannten herabsetzt und schlecht macht.

Es gehört somit zu den Voraussetzungen sozialdemokratischer Erfolge eine dauernde und fortwährende sachliche Orientierung und

Aufklärung. Wir müssen die Massen bilden und zum kritischen Denken erziehen. Dieses kritische Denken beruht aber nicht in einer absoluten Negation, beruht nicht in der Förderung der Zweifelsucht und des politischen Unglaubens. Mit sozialdemokratischen Wählermassen, die nur oberflächlich kritisieren und nach Schlagworten urteilen, ist der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Der Sozialismus kann nur verwirklicht werden durch aufgeklärte und mit unerschütterlichem Vertrauen in den Sozialismus erfüllte Massen. Solche Wähler sind auch imstande, eine scharfe Selbstkritik zu üben. Sie scheuen auch nicht davor zurück, auf Irrtümer aufmerksam zu machen, auch wenn diese noch von einem großen Teil der Arbeiterschaft geteilt werden.

Es ist unzweifelhaft, daß diese Selbstkritik eine der Voraussetzungen der sozialdemokratischen Erfolge darstellt. Sie führt zu einer fortwährenden Ueberprüfung des eigenen Programmes und der eigenen Forderungen. Sie führt auch zur Säuberung von unzuverlässigen Elementen innerhalb der sozialdemokratischen Vertretung. Dabei darf nicht jede abweichende Meinung von dem Urteil der Mehrheit als etwas gekennzeichnet werden, das gegen die sozialdemokratischen Interessen verstößt. Jene, die hinhorchen, was die Mehrheit oder eine bestimmte Kategorie von Sozialdemokraten denkt, um dann ihre Meinung zu sagen, dienen der Sache des Sozialismus nicht. Die eigene, aus tiefer Ueberzeugung geschöpfte Meinung muß gehört werden. Man muß sich mit einer solchen Meinung sachlich auseinandersetzen. Wir sind überzeugt, daß dies der allgemeinen Entwicklung innerhalb der Partei förderlich ist.

Was wir also als eine der wichtigsten Voraussetzungen für die sozialdemokratischen Erfolge betrachten, das ist außer einer fortwährenden aufopfernden Aufklärungs- und Parteiarbeit die Vertiefung des Denkens und die Förderung des sachlich kritischen Denkens innerhalb unserer Partei. Wenn es uns gelingt, in dieser Richtung fortwährende Fortschritte zu erzielen, dann sind wir sicher, daß die bürgerliche Demagogie nicht imstande ist, die Arbeiterschaft zu verwirren und für reaktionäre Pläne durch schöne Worte und Versprechungen zu gewinnen, sondern daß die so geschulte Arbeiterschaft von Sieg zu Sieg fortschreitet und das Fundament für einen soliden Bau der sozialistischen Zukunft schafft.

Vom Finanzhaushalt der Stadt Zürich.

Von Friedrich Heeb.

Die Stadt Zürich ist im Jahre 1920 unter die Vormundschaft der kantonalen Regierung gekommen, richtiger gesagt: unter die Fuchtel der Banken, in deren Namen und Auftrag die Regierung jenen famosen Finanzvertrag oktroyierte, der das Budgetrecht der Stadt beschnitt, den Voranschlag der Gemeinde der Genehmigung des Regierungsrates unterstellte. Als „Gegenleistung“ übernahm